

BERLIN AKTUELL

Newsletter von Patrick Schnieder MdB

Ausgabe 274 – 28. April 2023

Intro

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

seit dieser Woche tyrannisieren die Klebe-Aktivisten der sogenannten "Letzten Generation" die Hauptstadt. An zahlreichen Orten blockieren sie den Verkehr und verursachen stundenlangen Staus. Rettungswagen und Einsatzfahrzeuge von Polizei und Feuerwehr werden vielfach behindert.

Mit legitimen Klimademonstrationen haben die Aktionen der „Letzten Generation“ schon lange nichts mehr zu tun. Sie erpressen den Staat und pfeifen auf demokratisch legitimierte Entscheidungen unseres Parlaments. Letztlich geht es den Aktivisten der „Letzten Generation“ aber um noch mehr: Sie wollen unsere marktwirtschaftliche Ordnung umstürzen. Da passt es ins Bild, dass man von Linken und Grünen wenig bis gar keine Kritik an den Klimaklebern hört. Der Rechtsstaat muss mit voller Härte gegen diese radikalisierte Gruppe vorgehen.

Herzliche Grüße

Ihr Patrick Schnieder

Kommunen bei Asyl- und Flüchtlingspolitik unter die Arme greifen

2022 wurden über 240.000 Asylanträge in Deutschland gestellt - so viele wie seit dem Jahr 2016 nicht. Allein in den ersten drei Monaten des neuen Jahres wurden 87.777 Asylanträge gestellt, sodass es in diesem Jahr insgesamt 300.000 Anträge werden könnten. Es sind die Kommunen, die die Migranten versorgen – etliche von ihnen sind nicht schutzbedürftig. Auch über eine Million Ukrainer, die vor dem russischen Angriffskrieg geflohen sind, betreuen die Kommunen. Längst müssen deshalb wieder Notunterkünfte errichtet werden – in Turnhallen, Wohncontainern und Zelten, sogar auf angemieteten Kreuzfahrtschiffen. Es mangelt zudem an Ressourcen in Schulen, Kitas und den Behörden. Auf die prekäre Situation bei der Unterbringung weisen kommunale

Vertreter aus allen Parteien seit Monaten hin. Seit Monaten werden die Hilferufe von der Bundesregierung ignoriert.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat daher am 30. März 2023 Entscheidungsträger in den Kommunen zu einem Flüchtlingsgipfel nach Berlin eingeladen. Gemeinsam mit den Kommunen haben wir im Nachgang einen Antrag erarbeitet, den wir in dieser Woche in den Bundestag eingebracht haben.

Gemeinsam mit den Kommunen stehen wir für das Ziel von Humanität und Ordnung in der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Wir teilen die Sorge der Kommunalpolitiker um die Akzeptanz des Asylsystems. Wir fordern deshalb: Die Migrationspolitik muss endlich Chefsache innerhalb der Bundesregierung werden. Die Bundesregierung hat es in der Hand, die Zahl der Asylbewerber, die nach Deutschland kommen, spürbar zu reduzieren und zu steuern. Nur so können wir die Kommunen entlasten und die Akzeptanz für die humanitäre Verantwortung Deutschlands für tatsächlich Schutzbedürftige erhalten. Wir setzen uns für einen effektiver Schutz der EU-Außengrenzen, die Einstufung z.B. der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsstaaten sowie eine Klarstellung im europäischen Recht, dass Sozialleistungen nur im zuständigen Mitgliedstaat bezogen werden können. Darüber hinaus muss der Bund den Kommunen bei den entstehenden Kosten zur Seite stehen.

Gezielten Abschuss ermöglichen

Seit dem Jahr 2000 verbreitet sich der Wolf mit einer exponentiellen Wachstumsrate in Deutschland. Aktuell geht man davon aus, dass der Bestand bis zu 2.700 Wölfen umfasst – was allmählich zum großen Problem wird. So töteten Wölfe allein im Jahr 2020 rund 4.000 Weidetiere, überwiegend Schafe, aber auch Rinder und Pferde. Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordern wir daher ein effektives Wolfsmanagement, zu dem auch die Bejagung des Wolfs gehören muss.

Der Wolf ist in Deutschland nicht mehr vom Aussterben bedroht. Daher sollte es einfacher als bisher möglich sein, den Wolf zu bejagen. Die entsprechenden rechtlichen Spielräume für die Mitgliedsstaaten hat die EU-Kommission bereits eingeräumt. Die Bundesregierung ignoriert diese Möglichkeiten jedoch bislang und behindert zudem die Bundesländer, ihre Pläne zum Bestandsmanagement auszuarbeiten. Wir fordern zudem die EU-Kommission auf, den Schutzstatus des Wolfs herabzustufen.

In unserem Antrag fordern wir zudem die Definition wolfsfreier Zonen. Zudem sollen Nutztierhalter und andere Tierhalter bei Wolfsrissen leichter entschädigt werden können.

Ampel will Wärmewende mit der Brechstange

Nach langem Hin-und-Her und viel Gezanke hat sich die Bundesregierung in der vergangenen Woche auf einen Gesetzentwurf zur Änderung des Gebäudeenergiegesetzes geeinigt. Der Bundesfinanzminister und FDP-Vorsitzende Christian Lindner hat im Kabinett zugestimmt und

unmittelbar danach die Koalitionsfraktionen zu Änderungen aufgefordert. Dieser absurde Vorgang verdeutlicht die Zustände in der Regierungskoalition.

Nach den Plänen der Ampel sollen neue Heizungen ab Januar 2024 nur noch eingebaut werden dürfen, wenn sie mindestens 65 % erneuerbare Energien nutzen. Dies bedeutet de facto ein Verbot neuer Gasheizungen - und zwar auch solcher, die wasserstofffähig sind.

Auch nach der vermeintlichen Einigung im Bundeskabinett sind zudem noch viele Fragen offen. Die Finanzierung möglicher Förderprogramme ist laut Bundesfinanzministerium nicht geklärt. Auch ist eine praxisgerechte Lösung für die Umrüstung von Gasetagenheizungen weiterhin nicht berücksichtigt. Eine willkürlich gewählte Ausnahme für über 80-jährige Eigentümer wurde von der Regierung bisher nicht verfassungsrechtlich geprüft. Auch andere Gruppen, insbesondere Rentner, dürften für Modernisierungskosten nur schwer Kredite erhalten.

Es wäre besser gewesen, die Umstellung der privaten Haushalte auf klimaschonende Heizungen so zu belassen, wie dies von der vergangenen Bundesregierung beschlossen worden war: Mit einer angemessenen Förderung der privaten Haushalte und Vertrauen in die Wirkungsmechanismen der in der vergangenen Woche beschlossenen europäischen Regelungen für die zukünftige Bepreisung von CO₂-Emissionen. Mit einer CO₂-Bepreisung werden ab dem Jahr 2026 die Kosten für Öl und Gas sukzessive teurer, und der Einbau alternativer, CO₂-freier Heizungen wird für die privaten Haushalte wirtschaftlich immer attraktiver. Der Staat würde den Eigentümern damit auch die Freiheit einräumen, für welche Technologie sie sich entscheiden, und Raum lassen für neueste technologische Entwicklungen. Es braucht diese Technologieoffenheit, um für jedes Haus die individuell beste Lösung zu finden und bei der Umsetzung keine finanzielle Überforderung entstehen zu lassen. Neben der Wärmepumpe braucht es dafür die ganze Breite klimafreundlicher Lösungen - von Wasserstoff über Holzpellets bis zu Wärmenetzen. Für diese Alternativen schraubt die Bundesregierung die Anforderungen jedoch unerfüllbar hoch.

Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden wir im parlamentarischen Verfahren unsere Möglichkeiten als größte Oppositionsfraktion nutzen, um diesen Irrsinn zu verhindern.

Impressum gem. § 5 TMG:
Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Patrick Schnieder MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 71884
E-Mail: patrick.schnieder@bundestag.de